

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU****Keine Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen!**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag „Keine Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen!“, Drs. 18/1586, wird wie folgt neu gefasst:

**„Flüchtlinge gerechter auf EU- und Bundesländer verteilen**

Konflikte in Syrien, im Irak, in der Ukraine und weiteren Regionen dieser Welt lösen derzeit eine erhebliche Flüchtlingswelle aus. Die Flüchtlinge kommen vor allem nach Europa und hier insbesondere auch nach Deutschland. Die Asylzahlen steigen daher in Deutschland auf ein Rekordniveau: Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2014 200 000 bis 230 000 Asylsuchende in die Bundesrepublik einreisen werden. Von den höchsten Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Rede. Ungefähr jeder zweite Flüchtling in Europa wird von Deutschland und Schweden aufgenommen. Andere europäische Länder nehmen hingegen kaum Flüchtlinge auf. Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf Europa muss daher gefunden werden.

Innerhalb der Bundesrepublik werden erwachsene Flüchtlinge und ihre Familienangehörigen nach dem Königsteiner Schlüssel, der sich nach Steuereinnahmen und Einwohnerzahl richtet, verteilt. Bremen z. B. gerät dadurch besonders stark an seine infrastrukturellen und finanziellen Grenzen. Insbesondere die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge muss neu geregelt werden. Eine Verteilung nach dem zurzeit für Erwachsene geltenden Königsteiner Schlüssel erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen als angebracht. Bisher müssen die Jugendlichen von den Kommunen versorgt werden, bei denen sie sich zuerst melden. Bremen wird von vergleichsweise vielen jungen Flüchtlingen angesteuert. Momentan halten sich in der Hansestadt mehr als 350 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf. Nach dem Königsteiner Schlüssel müsste Bremen 0,93 % dieser Gruppe aufnehmen, im Jahr 2013 waren es hingegen 3,8 % und im laufenden Jahr werden es ca. 6 % aller in Deutschland aufgenommenen Jugendlichen sein. Eine Neuregelung muss daher auf Bundesebene erwirkt werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf EU-Ebene auf eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EU hinzuwirken. Gleichzeitig muss endlich in allen europäischen Ländern ein menschenwürdiger Umgang mit aufzunehmenden Flüchtlingen nach verbindlichen Richtlinien etabliert werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass sich der Senat auf Bundesebene für eine gerechtere Verteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge einsetzt.“

Sigrid Grönert,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU